

# Renationalisierung - keine Balkanspezialität

## Französische Zweifel, Dollar-Crash und Bosnien-Krieg nagen am Maastricht-Vertrag

Von Josef Joffe

Es steht nicht gut um Europa. Die dramatischen Zeichen des Verfalls liefern die Meinungsumfragen aus Frankreich, wo am 20. September das gemeine Volk die Chance erhält, über das Schicksal der Europäischen Union zu entscheiden - über jenen Vertrag, den die Politiker in ihrer Klausur zu Maastricht ausgeheckt haben. Das 'Nein' der Dänen - das glaubte man noch irgendwie hinbiegen zu können. Stimmt Frankreich mit 'non', dann ist der Vertrag perdu.

Verfliegen ist die satte Gewißheit, in der sich Mitterrand sonnte, als er das Referendum auf den Kalender setzte. Knapp 70 Prozent wollten im Frühjahr noch mit 'Ja' stimmen. Vorige Woche waren es nur noch 53 Prozent, und seit Dienstag scheinen die Neinsager die Oberhand zu besitzen: Eine Umfrage sieht eine knappe Mehrheit gegen Maastricht; drei weitere registrieren noch eine knappe Mehrheit (51 bzw. 52 Prozent) dafür. Einziger Trost für Mitterrand: eine hohe Zahl der französischen Wähler ist noch unentschieden.

Freilich wackelt auch der Boden, auf dem

solche Meinungen wachsen - und nicht nur in Frankreich. Der 'Schwarze Montag' dieser Woche - als erst der Dollar kollabierte und dann die Aktienmärkte - treibt noch immer Schockwellen durch das Europäische Währungssystem, das sich laut Maastricht in eine zentral gesteuerte Währungsunion verwandeln soll. EWS-Mitglieder sind gehalten, den Wert ihrer Währungen nur innerhalb schmaler Bandbreiten schwanken zu lassen; Auf- und Abwertungen gelten als Sünde wider Europa, die nur ein außerordentlicher Dispens läßlich macht. Indes hat die Flucht aus dem Dollar - beflügelt durch lockende Hochzinsen in Deutschland - auch Pfund und Lira in die Abwertungszone gedrängt. Um jetzt ihrer EWS-Verpflichtung nachzukommen (keine Abwertung), müßten Briten und Italiener ihre Zinsen erhöhen, um so die eigene Währung attraktiv zu machen. Das aber wollen sie nicht, weil beide Länder nicht gerade in der Konjunktursonne stehen.

Die Deutschen, denen der staatlich gefütterte Nachfragesog aus der Ex-DDR eine Art Sonderkonjunktur verschafft hat, können ganz gut mit Hochzinsen leben - das bringt

Auslandskapital ins Land, das die Vereinigung finanziert. Aber England, Frankreich und Italien können es nicht, und deshalb wird der Doppel-Crash denen wieder Auftrieb verleihen, die in EWS und Währungsunion sowieso ein deutsches Machtinstrument erblicken. Abkopplungstendenzen wachsen, der Weg zur Währungsunion à la Maastricht wird steiler.

Jugoslawien - Europas Unfähigkeit 'hüh' oder 'hott' zu sagen - nagt ebenfalls am Maastrichter Paket. Zur abfallenden Europa-Begeisterung könnte sich purer Zynismus gesellen - nach der Devise: Wenn wir als Gemeinschaft jetzt schon nichts ausrichten können, warum sollen wir dann morgen große Teile unserer Souveränität auf dem Altar Europas opfern - zugunsten einer gemeinsamen Außen- und Militärpolitik?

Im Osten galoppiert die Renationalisierung; im Westen kriecht sie noch. Der heiße August könnte den Herren Amato, Kohl, Major und Mitterrand einen eisigen Herbst bescheren.